

## **Antrag**

**der Abgeordneten Gerda Hasselfeldt, Heinz Seiffert, Dietrich Austermann, Norbert Barthle, Meinrad Belle, Otto Bernhardt, Klaus Brähmig, Leo Dautzenberg, Albert Deß, Marie-Luise Dött, Ingrid Fischbach, Jochen-Konrad Fromme, Peter Götz, Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach), Ursula Lietz, Wolfgang Meckelburg, Hans Michelbach, Hans-Peter Repnik, Heinz Schemken, Norbert Schindler, Diethard Schütze (Berlin), Wolfgang Schulhoff, Gerhard Schulz, Margarete Späte, Klaus-Peter Willsch, Elke Wülfing und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Einsetzung einer Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen durch die Bundesregierung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die verfehlte Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung der letzten drei Jahre hat dazu geführt, dass sich viele Kommunen in einer kritischen Finanzsituation befinden.

Die Bundesregierung hat es versäumt, parallel zu Steuerreformen eine umfassende Gemeindefinanzreform in Angriff zu nehmen. Die noch in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versprochene Einsetzung einer Kommission zur umfassenden Prüfung des Gemeindefinanzsystems ist bis heute nicht erfolgt. Die Bundesregierung ist damit ihrer Koordinierungsfunktion nicht nachgekommen.

Die Einsetzung einer solchen Kommission ist längst überfällig. Die Bundesregierung hat die Finanzmisere bei den Kommunen zu verantworten.

Das Ziel der Kommission muss sein, die Gemeindefinanzen umfassend zu reformieren, um Städte und Gemeinden wieder verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen zu verschaffen. Die Gemeinden benötigen Planungssicherheit bei ihren Haushalten. Das Interesse der Kommunen an privaten und gewerblichen Investitionen muss wieder gefördert werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

noch im Jahr 2001 eine Kommission mit dem Ziel der umfassenden Reform der Gemeindefinanzen einzusetzen. Städte und Gemeinden müssen wieder über sichere Einnahmen verfügen. Die Kommission muss sich aus Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen, der kommunalen Spitzenverbände und der Wirtschaft zusammensetzen.

Berlin, den 13. November 2001

**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**

